

Stadt Bitterfeld-Wolfen
Rathausplatz 1
06766 Bitterfeld-Wolfen

Sitzungsniederschrift

Der Wirtschafts- und Umweltausschuss führte seine 24. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung am Dienstag, dem 27.09.2022 in Bitterfeld-Wolfen, Ortsteil Stadt Wolfen, Rathausplatz 1, Rathaus, Ratssaal von 18:00 Uhr bis 20:15 Uhr durch.

Teilnehmerliste

stimmberechtigt:

Vorsitz

Sabine Griebisch

Mitglied

Daniel Backes
Mirko Claus
Julia Roye
Annett Westphal
Kay-Uwe Ziegler

i. V. für Herrn Uwe Bruchmüller

Sachkundige Einwohner

Michael Baldamus
Klaus-Peter Krüger
Manfred Naumann

Seniorenbeirat

Gerhard Große

Mitarbeiter der Verwaltung

Steve Bruder
Felix Drießen
Birgit Neumeier
Mario Schulze

Leiter Stab Wirtschaftsförderung
Leiter Sachbereich Stadtplanung/GIS
Sachbereich Stadtplanung/GIS
Leiter Sachbereich öffentliche Anlagen

Gäste

Henning Dornack
Marko Roye
Torsten Weiser
Christian Hennicke
Ulf Rostalsky

Vorsitzender der AfD-Fraktion
Vorsitzender Fraktion DIE LINKEN
Vorsitzender der Fraktion SPD-Bündnisgrüne-FDP
Fraktion SPD-Bündnisgrüne-FDP
Mitteldeutsche Zeitung

abwesend:

Mitglied

Uwe Bruchmüller
Klaus-Dieter Kohlmann

Sachkundige Einwohner

Thomas Büße
Ingo Müller
René Vollmann

Die Mitglieder waren durch Einladung auf Dienstag, den 27.09.2022, unter Mitteilung der Tagesordnung geladen worden.
Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung waren öffentlich bekanntgegeben worden.

Bestätigte Tagesordnung:

1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder und der Beschlussfähigkeit	
2	Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung	
3	Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung	
3.1	vom 12.07.2022	
3.2	vom 16.08.2022	
4	Einwohnerfragestunde	
5	Sachstandsbericht "Die Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle" BE: SB Stadtplanung/GIS	Mitteilungsvorlage M006-2022
6	Einstellung eines Klima- bzw. Energiemanagers BE: SPD-Bündnisgrüne-FDP	Beschlussantrag 184-2022
7	Solarpflicht in der Kommune BE: SPD-Bündnisgrüne-FDP	Beschlussantrag 185-2022
8	Grundsatzbeschluss zum Austritt aus dem Zweckverband Goitzsche BE: SPD-Bündnisgrüne-FDP	Beschlussantrag 188-2022
9	Satzung für den Wirtschaftsbeirat BE: Stab Wirtschaftsförderung	Beschlussantrag 195-2022
10	Lösungsfindung zur derzeitigen Problematik Fuhne und dem dazugehörigen Areal - Wasserknappheit, illegale Müllablagerung, Fischsterben, Uferbereich BE: Amt für Bau und Kommunalwirtschaft	
11	Mitteilungen, Berichte, Anfragen	
12	Schließung des öffentlichen Teils	

<p>zu 1</p>	<p>Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder und der Beschlussfähigkeit</p> <p>Die Ausschussvorsitzende, Frau Sabine Griebisch, eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Sie stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit mit 4 stimmberechtigten Ausschussmitgliedern und 3 sachkundigen Einwohnern fest.</p> <p><i>Herr Henning Dornack vertritt Herrn Kay-Uwe Ziegler bis zu dessen Erscheinen.</i></p>	
<p>zu 2</p>	<p>Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung</p> <p>Frau Griebisch fragt, ob es Änderungsanträge zur Tagesordnung gibt. Da keine geäußert werden, lässt sie über die vorliegende Version abstimmen.</p> <p style="text-align: right;">einstimmig beschlossen</p>	<p>Ja 4 Nein 0 Enthaltung 0</p>
<p>zu 3</p>	<p>Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung</p>	
<p>zu 3.1</p>	<p>vom 12.07.2022</p> <p>Die Ausschussvorsitzende informiert, dass der Entwurf der Niederschrift der Sitzung vom 12.07.2022 vorliegt und ihr bis zum jetzigen Zeitpunkt keine Einwendungen zugegangen sind. Sollten jetzt noch Änderungen notwendig sein, bittet sie, diese nun zu äußern. Nachdem es zu keinen Wortmeldungen kommt, bittet sie um Abgabe der Stimmzeichen.</p> <p style="text-align: right;">einstimmig beschlossen</p>	<p>Ja 3 Nein 0 Enthaltung 1</p>
<p>zu 3.2</p>	<p>vom 16.08.2022</p> <p>Auch zur vorliegenden Niederschrift der letzten Ausschusssitzung gab es aktuell keine Änderungs- bzw. Ergänzungsanträge, wie die Ausschussvorsitzende mitteilt. Falls aktuell noch eine Notwendigkeit besteht, bittet sie um Wortmeldung. Da davon kein Gebrauch gemacht wird, lässt sie über die bestehende Ausfertigung abstimmen.</p> <p style="text-align: right;">einstimmig beschlossen</p>	<p>Ja 3 Nein 0 Enthaltung 1</p>
<p>zu 4</p>	<p>Einwohnerfragestunde</p> <p>Es erfolgen keine Wortmeldungen.</p>	
<p>zu 5</p>	<p>Sachstandsbericht "Die Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle" BE: SB Stadtplanung/GIS</p> <p>Frau Birgit Neumeier (SB Stadtplanung/GIS) stellt den Anwesenden die Mitteilungsvorlage vor. Sie sagt, dass sich das Verfahren noch am Anfang befindet. Fakt ist jedoch, dass es die Stadt Bitterfeld-Wolfen etwas tangiert, wie im angefügten Plan zu sehen ist. Dabei handelt es sich um einen Ausläufer der Mitteldeutschen Kristallinzone. Nach einer Bewertung der allgemeinen Sachlage handelt es sich um günstige geologische Gesamtsituationen.</p>	<p>Mitteilungsvorlage M006-2022</p>

	<p>Wie sie deutlich sagt, ist es ein sehr offenes Verfahren, dass fast jedem die Möglichkeit gibt, sich mit einzubringen und zu informieren. Jedoch die wirklichen Informationen, so zeigt die bisherige Erfahrung, gibt es nur sehr schleppend, da es ein sehr langwieriges Verfahren ist. Ein Ergebnis hierzu soll erst 2031 vorliegen.</p> <p>Herr Klaus-Peter Krüger bezeichnet es als schwierig, darauf Einfluss zu nehmen oder Änderungen einzubringen. Er sieht sich, den Ausschuss aber auch die Stadt lediglich in der Position der Kenntnisnahme.</p> <p>Frau Neumeier pflichtet ihm bei. Die Stadt hat zwar die Möglichkeit Stellungnahmen zu verfassen, jedoch die Entscheidungen werden an einer anderen Stelle getroffen.</p> <p><i>Frau Annett Westphal und Herr Kay-Uwe Ziegler, dieser ersetzt Herrn Dornack, erscheinen zur Sitzung. Somit sind 5 stimmberechtigte Ausschussmitglieder anwesend.</i></p>	
<p>zu 6</p>	<p>Einstellung eines Klima- bzw. Energiemanagers BE: SPD-Bündnisgrüne-FDP</p> <p><i>Mit dem Erscheinen von Herrn Mirko Claus nehmen nun 6 stimmberechtigte Ausschussmitglieder an der Sitzung teil.</i></p> <p>Herr Christian Hennige, Fraktion SPD-Bündnisgrüne-FDP, stellt als Vertreter des Einreichers die aufgerufene Beschlussvorlage vor. Er erinnert an das Mitte 2020 im Stadtrat beschlossene Klimaschutzkonzept und dass eine Teilmaßnahme dazu, die Einstellung eines Klima- bzw. Energiemanagers darstellt. Er argumentiert und bringt Beispiele an, die auf Grund der derzeitigen Situation ein Handeln notwendig machen.</p> <p>Herr Marko Roye stellt die Zulässigkeit des Antrages in Frage. Er sieht hier eindeutig den Eingriff in die Personalhoheit des Oberbürgermeisters. Auch das Zuweisen der Aufgaben im Beschlussantrag, ist seiner Meinung nach, rechtlich nicht zulässig. Deshalb schlägt er vor, den Antrag insoweit nochmals zu überdenken, dass er rechtlich zulässig ist.</p> <p>Herr Felix Drießen sieht bei der Aufzählung der Tätigkeiten eine zweigeteilte Zuordnung und damit verbunden 2 Stellen. Einerseits den Bereich Energie Liegenschaften, Sanierungsfragestellung, Klimaschutz und Energieeffizienz, andererseits zählt er den Bereich der Stadtplanung und Stadtentwicklung, im Zusammenhang mit dem gesamtstädtischen Konzept auf.</p> <p>Frau Griebisch stellt die Frage, inwieweit die Stadt bereits Aktivitäten aus dem 2 Jahre alten Beschluss/Klima- und Energiekonzept auf den Weg gebracht hat. Im Anschluss daran merkt sie selbst an, dass sicher das Nicht-Aktivwerden der Verwaltung der ausschlaggebende Punkt war, die Beschlussvorlage einzubringen.</p> <p>Herr Roye macht darauf aufmerksam, dass die im Beschlussinhalt formulierten Aufgaben maximal als Empfehlung in der Begründung aufgeführt werden sollten, damit eine erfolgreiche Beschlussfassung möglich ist.</p>	<p>Beschlussantrag 184-2022</p>

	<p>Die Ausschussvorsitzende richtet sich an den Einreicher und möchte wissen, ob eine diesbezügliche Änderung vorstellbar ist bzw. so umgesetzt wird.</p> <p>Herr Hennicke will abwarten, ob von Seiten der Verwaltung eine Stellungnahme erfolgt, um, im Anschluss daran, entsprechend zu reagieren.</p> <p>Herr Krüger schlägt vor, das Thema in einer Gesprächsrunde mit den Fraktionsvorsitzenden und dem Oberbürgermeister zu behandeln.</p> <p>Herr Kay-Uwe Ziegler sieht angesichts der aktuellen Situation, der politisch vorbereiteten Energiewende, keinen Bedarf an dieser Art von Stelle. Er verweist darauf, dass es sich bei der Finanzierung aus Fördermitteln um Steuergelder handelt.</p> <p>Herr Roye kritisiert, dass es keine Teilnahme der Verwaltung zu diesem Tagesordnungspunkt in dieser Sitzung gibt oder zumindest eine Stellungnahme des Fachamtes vorliegt und bittet dies, im Protokoll zu vermerken.</p> <p>Herr Weiser äußert, dass es vor etwa 3 Wochen ein fernmündliches Gespräch zwischen dem Oberbürgermeister und ihm gab. In diesem Gespräch, so Herr Weiser, traf der Oberbürgermeister bereits die Aussage, dass eine solche Stelle geschaffen wird und dass dies im Wirtschafts- und Umweltausschuss präsentiert werden soll, ergänzt er. Er selbst hätte erwartet, dass wenigstens dazu eine Tischvorlage verteilt werden würde. Abschließend bekräftigt er seinen Standpunkt, dass dieses Thema nicht in die Runde der Fraktionsvorsitzenden gehört, sondern in den dafür zuständigen Fachausschuss, den Wirtschafts- und Umweltausschuss.</p> <p>Dem stimmt die Ausschussvorsitzende zu und erkundigt sich anschließend nach weiteren Anfragen und Anmerkungen an den Antragsteller. Da dies nicht der Fall ist, bittet sie um Abstimmung.</p>	<p>Ja 3 Nein 2 Enthaltung 1</p>
<p>zu 7</p>	<p>Solarpflicht in der Kommune BE: SPD-Bündnisgrüne-FDP</p> <p>Herr Christian Hennicke (Fraktion SPD-Bündnisgrüne-FDP) gibt einen kurzen Einblick zum Beschlussantrag und die damit verbundenen Beweggründe. Dabei verweist er darauf, dass der Antragsinhalt bewusst in mehrere Punkte untergliedert wurde und bittet darum, zu jedem Punkt gesondert ein Votum abzugeben und abschließend in Gänze über den Beschlussantrag abzustimmen. Nachfolgend geht er auf die einzelnen Sachverhalte ein.</p> <p>Herr Ziegler sieht hier ein prinzipielles Problem. Er sagt, dass bekanntlich nachts die Sonne nicht scheint und in der ungünstigsten Situation, der Wind auch nicht weht. So lange es in Deutschland keine vernünftigen Speicheranlagen gibt, was ein Hauptproblem darstellt und mit dem sich dringend beschäftigt werden muss, ergänzt er, erachtet er es nicht als sinnvoll, PV-Anlagen zu errichten. Wie er dazu verdeutlicht, beträgt die aktuelle maximale Speichermöglichkeit zwischen einer halben und einer Stunde, danach wäre das Licht aus, wie Herr Ziegler es ausdrückt. Auch die Energiebilanz, was die Leistungsfähigkeit betrifft, kann damit nicht</p>	<p>Beschlussantrag 185-2022</p>

verändert werden. Erst wenn es Speichermöglichkeiten für wenigstens einen Tag gibt, sieht er darin einen Nutzen. Dabei appelliert er nochmals daran, dass die Problematik der Speicherung vorab gelöst werden muss.

Herr Daniel Backes sieht das Problem eher in der Verfügbarkeit der Anlagen. Selbst wenn man einen Auftrag auslöst, ist eine Wartezeit von einem Jahr und mehr momentan nicht unüblich. Weiterhin muss aus seiner Sicht auch geprüft werden, ob die vorhandenen Leitungen dafür nutzbar sind. Gerade wenn man von einer großen Dachfläche, wie der des Rathauses, spricht, äußert er da Bedenken.

Herr Hennicke sieht es eher so, dass den Bürgern die Möglichkeit gegeben wird, mit zu investieren und im Gegenzug Vorteile daraus zu erzielen.

Herr Drießen sieht es unter anderem als schwierig an, auf Grundlage der Gleichbehandlung, eine generelle Forderung zur Errichtung umzusetzen. Dazu wirft er die Frage auf, wie verfahren werden muss, wenn der Bauherr nicht in der wirtschaftlichen Lage ist, diese Forderung umzusetzen oder aber es schlichtweg nicht möchte. Auch eine ungünstige Lage des Objektes könnte ein Argument sein, eine PV-Anlage abzulehnen. Insbesondere meint er damit, dass es sich bei diesen Auflagen immer um Eingriffe in Rechte Dritter handelt. Deshalb ist es notwendig, dies sehr präzise zu regeln, um eine Eingriffslegitimation zu haben.

Auch der Nachweis der wirtschaftlichen Lage bzw. der Eignung des Hauses, müsste im Streitfall durch Dritte geklärt werden. Da stellt sich **Herrn Ziegler** die Frage, wer dafür die Kosten übernehmen muss, aber auch welche genauen Kriterien dafür angesetzt werden. Hier fehlt ihm die genaue Definition.

Die Ausschussvorsitzende gibt einen kurzen Verweis auf eine zurückliegende Sitzung, in der Frau Marion Schilling (Geschäftsstellenleiterin Regionale Planungsgemeinschaft Anhalt-Dessau-Wittenberg) ausführlich berichtete.

Herrn Mario Schulze (SB öffentliche Anlagen), fehlt in diesem Antrag eine ganz wichtige Aussage. Hierzu erinnert er an das 1.000-Dächer-Programm, welches die Stadt Bitterfeld-Wolfen, gemeinsam mit Energieversorgern der Region, vor etwa 14-15 Jahren initiiert hat. Er äußert deutlich, dass wenn wir in der Stadt Bitterfeld-Wolfen an der Stelle weitermachen wollen, dann, wie er sagt, nur mit einem Konzept, welches hier geboren, hier gewachsen und hier auch gelebt worden ist. Alle bereits auf den Wohnblöcken in Wolfen-Nord entstandenen Photovoltaikanlagen, sind das Ergebnis dieses Programms.

Bedauerlich für ihn ist, dass dieses 1000-Dächer-Programm keine Erwähnung in diesem Beschlussantrag findet. Ebenso fehlt ihm die gesetzliche Grundlage. Ergänzend merkt er an, dass das Baugesetzbuch es nicht hergibt.

Im Anschluss daran bittet **Herr Hennicke** die Ausschussvorsitzende, die einzelnen Punkte vorab zu verlesen, um über den jeweiligen Punkt des Antraginhaltes anschließend abzustimmen.

	<p><u>Abstimmungsergebnisse zu den Antragsinhaltspunkten:</u></p> <p><u>zu 1.:</u></p> <p>JA-Stimmen: 1 NEIN-Stimmen: 3 Enthaltungen: 2</p> <p><u>zu 2.:</u></p> <p>JA-Stimmen: 1 NEIN-Stimmen: 3 Enthaltungen: 2</p> <p><u>zu 3.:</u></p> <p>JA-Stimmen: 1 NEIN-Stimmen: 3 Enthaltungen: 2</p> <p><u>zu 4.:</u></p> <p>JA-Stimmen: 1 NEIN-Stimmen: 3 Enthaltungen: 2</p> <p><u>zu 5.:</u></p> <p>JA-Stimmen: 2 NEIN-Stimmen: 3 Enthaltungen: 1</p> <p>Abschließend lässt die Ausschussvorsitzende über den Beschlussantrag in Gänze abstimmen.</p> <p style="text-align: right;">nicht empfohlen</p>	<p>Ja 1 Nein 3 Enthaltung 2</p>
<p>zu 8</p>	<p>Grundsatzbeschluss zum Austritt aus dem Zweckverband Goitzsche BE: SPD-Bündnisgrüne-FDP</p> <p>Herr Weiser, Fraktion SPD-Bündnisgrüne-FDP, erinnert an eine bereits vergangene Sitzung in der das Thema, in einer etwas abgewandelten Version, auf der Tagesordnung stand und erläutert die Gründe für ein erneutes Einbringen eines Beschlussantrages zu dieser Thematik. Abschließend wirbt er für die Zustimmung des Antrages und bittet die Anwesenden, den Sachverhalt zu diskutieren.</p> <p>Herr Roye ergreift das Wort und äußert, dass er den Antrag unterstützt und sich seine Fraktion mehrheitlich diesem Antrag anschließen wird. Dabei hofft er außerdem auf eine breite Zustimmung der Stadträte oder aber vielleicht auch einem Anschluss einer Mitgliedsgemeinde, dieses Vorhaben ebenso umzusetzen.</p> <p>Herr Ziegler sieht dieses Konstrukt, wie er es nennt, bereits seit 2013 sehr kritisch. Er verweist darauf, dass der letzte bestätigte Jahresbericht aus 2015 stammt und die eventuellen finanziellen Risiken noch nicht absehbar sind.</p>	<p>Beschlussantrag 188-2022</p>

	<p>Als wichtig benennt er, dass die Wegerechte gesichert werden. Kritisch bringt er vor, dass die Mitglieder durch den Verband nicht über die finanzielle Situation informiert wurden.</p> <p>Herr Krüger regt an, die Abstimmung in den nicht öffentlichen Teil zu verschieben und im Vorfeld die aktuellen Kenntnisse auszutauschen, um eine unbefangene Entscheidung treffen zu können.</p> <p>Herr Roye weist darauf hin, dass es sich um einen öffentlichen Antrag handelt, welcher auch öffentlich abgestimmt werden muss.</p> <p>Daraufhin stellt die Ausschussvorsitzende um 19:03 Uhr die Nichtöffentlichkeit her.</p> <p><i>Ausführungen hierzu unter TOP 13 „Mitteilungen, Berichte, Anfragen“</i></p> <p>Um 19:11 Uhr wird die Beratung im öffentlichen Teil fortgesetzt.</p> <p>Nachdem es keine weiteren Mitteilungen und Anfragen gibt, lässt die Ausschussvorsitzende über den vorliegenden Beschlussantrag abstimmen.</p>	
<p>zu 9</p>	<p>Satzung für den Wirtschaftsbeirat BE: Stab Wirtschaftsförderung</p> <p>Herr Steve Bruder (Leiter Stab Wirtschaftsförderung) resümiert, dass sich bereits 2019 mit dem Wirtschaftsbeirat beschäftigt wurde. Dies jedoch coronabedingt verschoben werden musste. Aktuell gibt es die Situation, die es aus städtischer Sicht mehr denn je notwendig macht, mit der Wirtschaft in Kontakt zu kommen, die Stimme der Wirtschaft zu hören und sich somit auch mit dem Wirtschaftsbeirat zu beschäftigen. In der Hauptsatzung ist festgelegt, dass ein Wirtschaftsbeirat in der Stadt Bitterfeld-Wolfen gegründet werden kann. Alles Weitere regelt die Satzung, welche er hier vorstellen möchte. Er gibt an, dass die Dinge, die 2019 bereits als verbesserungswürdig vorgebracht wurden, abgeändert bzw. übernommen sind. Dazu benennt er beispielsweise die Zusammensetzung des Beirates. Die Höchstmenge der Mitglieder beträgt 11. Auch Vorschläge, welche Unternehmen im ersten Schritt einen Vertreter in den Beirat entsenden können, wurden gemacht. Hiervon werden mindestens 7 benötigt, um den Wirtschaftsbeirat gründen zu können. Im Nachgang ist es dann möglich, dass der Beirat die übrigen Mitglieder selbst auswählen kann. Für aufgekommene Fragen steht er im Anschluss zur Verfügung.</p> <p>Herr Roye möchte wissen, ob nur Vertreter der Wirtschaft für den Beirat vorgesehen sind. Das bejaht Herr Bruder, kommunale Unternehmen sollen nicht im Wirtschaftsbeirat vertreten sein. Er ergänzt, dass jedoch die Möglichkeit besteht, externe Gäste in die Beratungen mit einzubeziehen.</p> <p>Herr Roye schlägt weiterhin vor, dass die Protokollführung von Seiten der Verwaltung vorgenommen werden sollte. Dem spricht nichts entgegen, antwortet Herr Bruder. Hierfür sieht Herr Roye allerdings eine konkrete Verankerung in der Satzung für notwendig.</p> <p>Frau Griebisch erkundigt sich danach, ob es sich um eine öffentliche oder</p>	<p>Ja 5 Nein 1 Enthaltung 0</p> <p>Beschlussantrag 195-2022</p>

	<p>eine nicht öffentliche Sitzung handelt. Ihr stellt sich die Frage nach dem Transfer aus dem Wirtschaftsbeirat in die Politik. Üblicherweise handelt es sich um nichtöffentliche Sitzungen, die dann Empfehlungen an den Stadtrat geben oder an die Ausschüsse, antwortet Herr Bruder.</p> <p>Daraufhin erkundigt sich Frau Griebisch nach der Transparenz der Empfehlungen. Die Empfehlungen werden in Form von Beschlüssen ausgefertigt, gibt Herr Bruder an.</p> <p>Herr Ziegler findet bedenklich, dass die Mitglieder, die sich zuerst treffen, bestimmen, welche weiteren Unternehmen dem Wirtschaftsbeirat beitreten können. Er würde es begrüßen, wenn der Stadtrat hierbei ein Mitbestimmungsrecht hätte. Seine Gedanken sind dahingehend, dass er es für angemessen hält und damit auch ein anderer Blickwinkel geschaffen wird, wenn auch langjährig ansässige Einzelhändler im Wirtschaftsbeirat Mitglied werden und nicht nur große Unternehmen. Dabei meldet er ausdrücklich selbst kein Interesse an. In Bezug auf die Nichtöffentlichkeit der Sitzung, schlägt er vor, dass zumindest den Fraktionsvorsitzenden Zutritt zur Sitzung gewährt werden müsste.</p> <p>Die Ausschussvorsitzende tentiert dazu, dass der letzte Platz im Wirtschaftsbeirat durch einen Vertreter des Wirtschafts- und Umweltausschusses der Stadt Bitterfeld-Wolfen besetzt wird und benennt hierfür entweder die Vorsitzende bzw. ihre Stellvertreterin.</p> <p>Herr Roye spricht sich für öffentliche Sitzungen, genau wie beim Senioren- bzw. Jugendbeirat, aus. In diesem Zusammenhang äußert er, bei nicht öffentlichen Sitzungen, Bedenken in Bezug auf den Informationsfluss.</p> <p>Herr Hennicke vermisst die Regelung einer möglichen Abwahl der Mitglieder in der Satzung. Des Weiteren fehlt ihm der grundsätzliche Zweck der Geschichte, wie er es ausdrückt. Für ihn wäre wichtig, dass ein Austausch nicht nur zwischen der Wirtschaft und der Verwaltung stattfindet, sondern auch mit dem Stadtrat. Aktuell stellt es sich als geschlossenes Gremium dar.</p> <p>Herr Roye ist der Meinung, dass die Satzung einer Überarbeitung bedarf und würde diesbezüglich vorschlagen, den Beschlussantrag in die Verwaltung zurückzuverweisen.</p> <p>Die Ausschussvorsitzende folgt dem Geschäftsordnungsantrag, den Beschlussantrag zur Überarbeitung an die Verwaltung zurückzuverweisen und bittet die Ausschussmitglieder abschließend zur Abstimmung.</p> <p style="text-align: right;">in die Verwaltung zurückverwiesen</p>	Ja 6 Nein 0 Enthaltung 0
zu 10	<p>Lösungsfindung zur derzeitigen Problematik Fuhne und dem dazugehörigen Areal - Wasserknappheit, illegale Müllablagerung, Fischsterben, Uferbereich BE: Amt für Bau und Kommunalwirtschaft</p> <p>Herr Mario Schulze (Leiter SB öffentliche Anlagen) spricht einleitend über seinen in der letzten Woche stattgefundenen Vor-Ort-Termin im Bereich der Fuhne und seine persönlichen Eindrücke.</p>	

Mit den Stiftungsgeldern soll die Anlage Fuhneue/Gondelteich, durch eine Entschlammung, die Unterhaltung und bauliche Instandsetzung der vorhandenen Brücken sowie weitere damit verbundene Arbeiten, wiederbelebt werden. Entscheidungen hierfür kann die Stadt Bitterfeld-Wolfen nicht in Gänze allein treffen, hierfür bedarf es zum Teil der Genehmigung des Landkreises. Beispielgebend äußert er, dass keine Erlaubnis erteilt wurde, den Wasserlauf der Fuhne anzustauen, um den Gondelteich mit Wasser zu versorgen. Wegen der fehlenden wasserwirtschaftlichen Bedeutung des Gondelteiches bestehen Einschränkungen in der Umsetzung der Vorhaben. Das Ziel der Verwaltung ist es, dass die Wasserfläche wieder als Wasserfläche sichtbar nutzbar ist und es eine gute Wasserqualität gibt.

Die vorgebrachten Details waren im Böschungsbereich bei normalem Wasserstand nicht sichtbar. Für die Beseitigung der aktuell bestehenden Unzulänglichkeiten werden bereits Fachfirmen gesucht. Hier ist es problematisch, eine Firma zu finden, die das Portfolio Faschinenbau in ihrer Leistungserbringung hat. Wie er darlegt, gibt es in Sachsen-Anhalt nur eine Firma. Weiterhin legt er dar, dass es sich bei der Umsetzung nicht nur um 10 m Faschinenbau handelt, sondern insgesamt um einen knappen Kilometer. Er weist darauf hin, dass es ähnliche Probleme auch mit weiteren Gewässern im Stadtgebiet gibt, welche ebenso an den Vorgaben und Einflüssen der Genehmigungsbehörden (untere Wasserbehörde/untere Naturschutzbehörde) hängen.

Am Ende seiner Ausführungen sagt er deutlich, dass, anders als im Tagesordnungspunkt beschrieben, es im Jahr 2022 weder im Gondelteich Fuhne noch in der Fuhne ein Fischsterben gegeben hat.

Herr Roye meldet sich zu Wort und spricht kritisch an, dass Mittel, welche für die Fuhneue eingeplant waren, über Jahre nicht verwendet wurden und bereits in die Haushaltskonsolidierung geflossen sind.

Er befürchtet, dass bei einem warmen Frühjahr bzw. Sommeranfang, der Wasserstand auch im nächsten Jahr zum Vereins- und Familienfest wiederum niedrig ist und unter den damit verbundenen Auswirkungen dort keiner feiern möchte.

Außerdem interessiert er sich dafür, wie die Umsetzung eines barrierefreien Zugangs zur Veranstaltungsinsel erfolgen soll.

Die Ausschussvorsitzende möchte, bezugnehmend auf die vorliegenden Fotos, wissen, was Herr Schulze unter einem Fischsterben versteht. Sie hinterfragt, ob sich die unterschiedlichen Ansichten aus der Definition der Sache ergeben.

Fischsterben möchte **Herr Schulze** so nicht kommentieren. Er schlägt stattdessen vor, sich das Areal Fuhneue mit dem Gondelteich anzuschauen. Wie er schildert, wurden bei einer Aktion im August dieses Jahres 1,5 t Unrat einschließlich Bauschutt entnommen und entsorgt.

Er verdeutlicht nochmals, dass er weder eine Rattenplage noch ein Fischsterben in irgendeiner Art und Weise dokumentieren, nachvollziehen bzw. nachweisen kann. Für Oktober schlägt er einen Ortstermin vor. Zur Barrierefreiheit sagt Herr Schulze, dass im Veranstaltungsrahmen die Insel bereits jetzt barrierefrei zugänglich ist. Hierfür wird die große Brücke geöffnet und von dort aus kann man die Insel barrierefrei erreichen.

Frau Griebisch bittet darum, den gesamten Ausschuss über den vorgesehenen Begehungstermin per E-Mail in Kenntnis zu setzen.

	<p>Herr Roye spricht aus seiner jahrelangen Erfahrung bei Veranstaltungen an, dass es für Rollstuhlfahrer unmöglich ist, die Auffahrt und Abfahrt dieser Brücke zu nehmen. Ferner sieht er ebenso das Problem bei Rollatoren. Aus diesem Grund befürwortet er, den Sachverhalt vor Ort in Augenschein zu nehmen.</p>	
<p>zu 11</p>	<p>Mitteilungen, Berichte, Anfragen</p> <p>Da er zum Sitzungsbeginn noch nicht anwesend war, möchte sich Herr Ziegler jetzt zur Abrechnung des Hafenfestes äußern. Er empfindet die Aufstellung durch die Verwaltung arg zusammengefasst. Hierzu zählt er das Sponsoring, die Kostenerstattung privater Unternehmen, Kultur/Honorare, Logistik auf und erbittet dafür eine genauere Aufschlüsselung bzw. eine Differenzierung der dargestellten Beträge, gern auch im nichtöffentlichen Teil, falls die Notwendigkeit besteht.</p> <p>Herr Roye interessiert sich für den Posten „Verpflegung incl. 19 %“. Für ihn kommen bei diesem Steuersatz nur alkoholische Getränke in Frage, wobei er dann die Höhe schon erstaunlich findet.</p> <p><u>Zuarbeit Amt für Bildung/Kultur/Soziales</u> <i>Anlagen 1 – 8 zum Protokoll</i></p> <p>Herr Claus informiert die Anwesenden über die im gestrigen Ortschaftsrat Greppin, unter großer Beteiligung der Bevölkerung, behandelte Thematik „Grube Johannes“. Die von dort ausgehende Geruchsbelästigung belastet die Anwohner sehr. Aus diesem Grund sieht er es als notwendig, sich mit dieser Problematik auch im Wirtschafts- und Umweltausschuss zu befassen.</p> <p>Herr Ziegler macht darauf aufmerksam, dass einzelne Händler der Stadt, beginnend seit etwa Juli, schon mit erheblichen Umsatzeinbußen (teilweise zwischen 30 % und 40 %) zu kämpfen haben, obwohl die Vorgaben aus dem letzten Jahr pandemiebedingt nicht so hoch waren. Aus diesem Grund ruft er zur Ideenfindung auf, um vielleicht etwas Abhilfe schaffen zu können. Eine weitere bevorstehende Verschlechterung der Lage sieht er, durch die steigenden Energiepreise für die Händler, Schrumpfung der Kaufkraft durch die starke Inflation sowie durch den bevorstehenden Anstieg des Mindestlohnes, hier könnten Entlassungen bevorstehen.</p> <p>Herr Bruder kann dazu keine Aussage treffen, da ihm solche Informationen aktuell noch nicht zugetragen wurden.</p> <p>Frau Griebisch sieht die Problematik schon als fachliches Thema für den Ausschuss, jedoch fehlen ihr genaue Zahlen, welche eine Notwendigkeit belegen bzw. eine Einordnung möglich machen. Nur Betroffenheit äußern, ist nicht zielführend.</p> <p>Herr Roye bringt an, dass es, wenn man im Bereich der Gastronomie schaut, eher einen Personalmangel gibt. Er sieht die Lösung des vorgebrachten Problems auf höherer Ebene angelagert und nicht im hiesigen Fachausschuss.</p>	

	<p>Herr Claus sieht das Thema Einzelhandel im Stadtgebiet schon im städtischen Ausschuss angesiedelt. Gerade auf das bevorstehende Weihnachtsfest schauend, könnte er sich vorstellen, gemeinsame Aktionen zu planen, um die Menschen in die Innenstädte zu locken.</p> <p>Herr Ziegler glaubt nicht daran, dass die Gastronomie vom aktuellen Trend verschont bleiben wird. Wie er beispielgebend anmerkt, werden sicher die Menschen, in der aktuellen finanziellen Situation überlegen, ob sie sich ein Essen in einer gastronomischen Einrichtung überhaupt noch leisten können und sich dann daraus, ebenso wie im Einzelhandel, die Lage verschlechtern wird.</p> <p>Herr Michael Baldamus schlägt vor, das Thema Energie zu behandeln und dabei die Stadtwerke Bitterfeld-Wolfen GmbH und die BSG mbH mit einzubeziehen.</p> <p>Herr Roye macht ergänzend darauf aufmerksam, dass dieser Tagesordnungspunkt im nichtöffentlichen Teil geplant werden müsste.</p> <p>Herr Hennicke erkundigt sich bei Herrn Bruder nach dem Bauernmarkt, der am letzten Wochenende stattgefunden hat und möchte wissen, wie das Resümee aus Sicht der Verwaltung ist.</p> <p>Im Vergleich zum letzten Jahr gab es eine zufriedenstellende, deutliche Verbesserung, sagt Herr Bruder. Dabei benennt er die größere Anzahl an Ständen, aber auch die Kombination mit dem Bürgerbrunch, wodurch mehr Menschen in die Innenstadt gezogen wurden. Für die nächsten Jahre hofft er auf eine stetige Weiterentwicklung.</p>	
zu 12	<p>Schließung des öffentlichen Teils</p> <p>Die Ausschussvorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:09 Uhr und stellt die Nichtöffentlichkeit her.</p>	

gez.
Sabine Griebisch
Ausschussvorsitzende

gez.
Kerstin Weber
Protokollantin